

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Quartal 0,00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Netto-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; answärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöflichkeit für Offerten und Aufträge beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen am Postkontokonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Redaktion und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 71

Dienstag, den 14. Juni 1932.

25. Jahrgang.

Praktische Lösung?

Die Abreise der europäischen Staatsmänner nach Berlin, Paris, London und Rom ist das Schicksal der internationalen Politik wieder einmal an die See verlegt. Die englischen Minister Macdonald und Simon haben sich in Begleitung des französischen Ministerpräsidenten Herriot nach Lausanne begeben, wo sie am Dienstag und Mittwoch an den Verhandlungen des allgemeinen Abrüstungsausschusses teilzunehmen werden. Im Anschluß daran begeben sich die drei Minister nach Lausanne zur Eröffnung der Reparationskonferenz, bei der Deutschland durch den Reichskanzler Papen, den Außenminister Brüning, den Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krozig und den Reichswirtschaftsminister Warmbold vertreten wird. Die kommenden Tage stehen also im Zeichen der außerordentlichen Verhandlungen, d. h. insofern nach der englisch-französischen Einigung bei der Vorsehung vorbestimmt überhaupt noch von Verhandlungsmöglichkeit sprechen kann; denn nach allem, was bisher über das Wochenendgespräch zwischen Macdonald und Herriot in der Öffentlichkeit durchgesickert ist, hat man in Paris wieder die übliche Kompromißlösung ausgearbeitet, und zwar soll dieser Plan, der angeblich vom britischen Schatzamt für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas ausgearbeitet ist, ein neues Moratorium vorsehen, andererseits aber auch eine Erklärung der auf der Lausanner Konferenz teilnehmenden Regierungen zugunsten einer völligen Streichung der Kriegsschulden und Reparationen. Durch dieses Kompromiß glaubt man wohl Englands Wunsch nach einer Entscheidung zum Ausdruck zu bringen, ohne in irgendeiner Weise die „Ansprüche“ Frankreichs zu berühren.

Natürlich stellt die Gegenseite ganz entschieden in Frage, daß Deutschland in Lausanne vor vollendete Fustche gestellt werden soll. Mit einem verdächtigen Seitenblick sowohl Macdonald als auch Herriot im Hinblick auf ihre Versprechungen vor der Presse betont, daß es sich nicht um Verhandlungen gehandelt habe, sondern lediglich um einen „gegenseitigen Gebanten- und Meinungsaustausch“, der dazu dienen sollte, festzustellen, wie weit die Ansichten der beiden Regierungschefs übereinstimmen. Wir haben weder verhandelt, noch ein Kompromiß geschlossen, wir haben jedoch festgestellt, daß unsere Gebantenengänge in derselben Richtung verlaufen und auch von denselben Grundgedanken diktiert sind“, so heißt es in der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten. Weiter beteuerte Macdonald, daß beide Regierungen entschlossen seien, alles zu tun, um die Konferenz von Lausanne erfolgreich zu gestalten. Die Lösung müsse zu gleicher Zeit gut und praktisch sein. Er, Macdonald, und Herriot seien fest entschlossen, alles zu tun, um eine Lösung herbeizuführen, die der größten Teil der wirtschaftlichen Unordnung verschwinden läßt, um Mittel zu finden, dem Zerfall der europäischen Wirtschaft zu steuern. Herriot hat diese Erklärung Macdonalds bekräftigt und hinzugefügt, daß er und sein englischer Kollege langsam und geduldig alle Fragen geprüft hätten, die augenblicklich im Vordergrund des internationalen Satereffes ständen.

Die fahlgewissen Erklärungen Macdonalds und Herriots können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Paris trotz aller gegenseitigen Beteuerungen eine englisch-französische Einheitsfront gegen Deutschland gebildet worden ist, und es ist unnötig zu betonen, wenn die radikale „Republique“ erklärt, Herriot und Macdonald hätten keine Allianz vorbereitet, sondern ein „internationales Klima“. Das tatsächliche Ergebnis von Paris besteht vielmehr einwandfrei in der Feststellung, daß England seine Forderung nach einer Endlösung in Lausanne aufgegeben und der von Frankreich gewünschten Verlängerung des Hooverjahres um sechs Monate zugestimmt hat. Macdonald hat offenbar auch seine Idee von dem „anständigen Opfer“ fallen gelassen, also, daß Frankreich und England nicht schon in Lausanne die Reparationen annullieren, um durch die als gute Beispiel auch Amerika zur Annulierung der internationalisierten Schulden aufzufordern. Es sollen während des Moratoriums erst die Verhandlungen mit Amerika aufgenommen werden. Herriot soll als „Gegenseitigkeit“ hierzu nicht weiter auf der Aufrechterhaltung eines „greifbaren Saldo“ für Frankreich bestanden haben.

Die Londoner Presse gibt sich die denkbarste Mühe, den ungünstigen Eindruck, den die Nachgebildeten Macdonalds gegenüber den französischen Forderungen hervorgerufen hat, zu verwischen. Von einer Endlösung in Lausanne ist jetzt überhaupt keine Rede mehr, und die Pariser Korrespondenten der englischen Presse stellen es schon als Gewissheit hin, daß die Entwidlung eines sogenannten „Verhandlungstechnischen Moratoriums“ zurzeit, wodurch es, ohne den Faden abreißen zu lassen, ermöglicht werde, eine Klärung der politischen Lage in Europa abzuwarten, bevor eine endgültige Entscheidung in Kraft trete. So besonders stark scheint allerdings das Vertrauen in die Zweckmäßigkeit des neuen Verfahrens nicht zu sein, denn durch alle Pressetrommeln klingt die Besorgnis hindurch, daß Deutschland nach dem Räumungsausschub für die politischen Schulden die

Die neuen Steuern

Abgabe zur Arbeitslosenhilfe — 400 Millionen Mehreinnahme
Sonderregelung für die Beamten

— Berlin, 15. Juni.

Der finanzielle Teil der neuen Notverordnungen, die die Regierung vorbereitet, wird Dienstagabend der Öffentlichkeit übergeben. Am Montagmittag trat das Reichskabinett zu der letzten Sitzung vor Lausanne zusammen, um an die Notverordnung, die finanzpolitische Maßnahmen zum Ausgleich des Haushalts bringen soll, die letzte Hand anzulegen. Bei den finanziellen Maßnahmen handelt es sich zum größten Teil um die auch von dem Kabinett Brünning geplanten Maßnahmen, die nicht sehr wesentliche Änderungen erfahren dürften. Die Verbrauchsteuer, der Grundsteuer der neuen Einnahmen, wird in eine „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ verwandelt. Außer dem Namen liegt die Veränderung darin, daß für die Beamten eine Sonderregelung getroffen wird. Diejenigen, die bisher keine Krisensteuer zahlten, sollten künftig mit 1,5 Prozent Verbrauchssteuer belastet werden.

Die allgemeine Abgabe zur Arbeitslosenbeihilfe soll vom 1. Juli ab erhoben werden und zum 31. März 1933 befristet werden. Sie soll 400 Millionen Mark bringen. (Das Kabinett Brünning rechnete mit 325 Millionen Mark.) Die neue Abgabe stellt sich von 1,5 Prozent bei einem Jahreseinkommen bis zu 1500 Mark, zu 2,5 Prozent von 1500 bis 3600 Mark. Über 3600 Mark Jahreseinkommen werden, unter Fortfall der Krisensteuer mit 5% Prozent belastet und die Abgabe derjenigen, die bisher 5 Prozent Krisensteuer bezahlten, soll auf 6,5 Prozent steigen.

Der Abbau der Sozialleistungen steht noch nicht endgültig fest, vermutlich wird es bei der Kürzung der Leistungsdauer von 20 auf 13 Wochen bleiben und eine Herabsetzung der Unterhaltungen etwa auf die Höhe der Wohlfahrtskassen erfolgen. Die geplante Reform der

Sozialversicherung, d. h. die angekündigte Verbilligung des Verwaltungsapparats und die Zusammenlegung der verschiedenen Unterhaltungsstellen wird durch die Notverordnung noch nicht erfolgen.

Die Gemeinden sollen die auch vom Kabinett Brünning geplante finanzielle Mehreinnahme von insgesamt 680 Millionen Mark erhalten.

Auch die Ersetzung aller Umlagen durch die Umsatzsteuer, d. h. die Aufhebung der unteren Freigrenze von 5000 Mark wird vermutlich von der Regierung Papen übernommen. Daß auch die Salzsteuer wieder eingeführt wird, steht noch nicht fest. Daß die Finanzmaßnahmen der neuen Regierung sich zum großen Teil mit denen der Regierung Brüning decken, liegt daran, daß es sich um eine Verordnung zur Sicherung des Staats handelt und daß der bisherige Etatferment im Kabinett Brüning steht der Reichsfinanzminister des Kabinetts von Papen ist.

Moratoriumserklärung auf seine Handelschulden ausdehnen könnte.

Nun, wenn die Lage Deutschlands sich im Laufe der kommenden Monate so verschlechtern sollte — und die Vertagung der Endlösung der Tributfrage rückt die Möglichkeit in bedrohliche Nähe —, dann hat sich England die Schuld selbst zuzuschreiben. Die Unsicherheit in der Weltwirtschaft kann nur dann beseitigt und das Vertrauen nur dann wiederhergestellt werden, wenn die Tributfrage endgültig geregelt wird durch völlige Streichung der Reparationen ohne Aufrechterhaltung auch nur einer grundsätzlichen deutschen Zahlungsverpflichtung zu irgendeinem späteren Zeitpunkt. Hilfskonstruktionen und Kompromisse von der Art, wie man sie jetzt wieder in Paris ausgeklügelt hat, können auch für Lausanne keine Geltung und vor allem keine Berechtigung haben. Es ist ein unverblühtes Ausweichen, wenn man es jetzt wieder so darstellen will, als könnte vor Vermeidung der Präsidentenwahl in Amerika die europäische Mächtegruppe nicht von sich aus zu einer Entscheidung kommen. Man darf doch nicht vergessen, daß im Frühjahr oder im Winter die Vereinigten Staaten sicher nicht entgegenkommender sein werden, wenn sie im Hinblick auf Lausanne sehen müßten, daß der ernste Wille bei den europäischen Mächten selbst, daß man sich zu Ausflüchten bequem, um der Vollverantwortung ausweichen zu können.

Mit einer „praktischen Lösung“, auf die sich Macdonald und Herriot in Paris geeinigt haben, ist es heute nicht mehr getan. Nein, Lausanne schon muß eine End-

Die Wünsche der Länder

Der Etat selbst wird nicht sofort verordnet. Er soll erst noch in den Reichsratsausschüssen durchgeprochen werden. Es hat sich schon bei der Aussprache mit den Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder gezeigt, daß die finanziellen Fragen bei der Verfassung Süddeutschlands eine große Rolle spielen. Auch sonst scheinen die süddeutschen Minister von dem Verlauf der Berliner Aussprache nicht sonderlich befriedigt zu sein. Der dem bayerischen Ministerpräsidenten Feld nahegehende „Regensburger Anzeiger“ berichtet, es habe sich deutlich die Gesichtslosigkeit der Länder gegenüber der Reichsregierung gezeigt. Die Ländervertreter hätten sehr deutlich und eindringlich die Reichsregierung vor etwaigen Eingriffen in die Rechte der Länder gewarnt. Die politische Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Ministerpräsidenten habe sich mit drei großen Fragegruppen befaßt, und zwar erstens Reich und Länder unter besonderer Berücksichtigung der preussischen Frage, zweitens Finanz- und Wirtschaftsfragen, drittens innerpolitische Fragen, insbesondere die geplante Aufhebung bezw. Umänderung des S.L.-Verbots. Die in allen Fragen von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen hätten, wie ausdrücklich festgestellt werden müßte, keineswegs die Befürchtungen der Mehrzahl der Länder zu zerstreuen vermocht.

Vermutlich werden unter der Einwirkung der Vorstellungen der süddeutschen Ministerpräsidenten in den Erlaß über die Aufhebung des S.L.-Verbots Sicherungen eingebaut werden. Die Anfang Mai erschienene Verordnung über die Kontrolle politischer Verbände, die militärisch organisiert sind, wird bestehen bleiben.

Abreise nach Lausanne

Das Reichskabinett einmütig für endgültige Reparationsstreichung.

— Berlin, 14. Juni.

Die deutsche Abordnung für Lausanne wird heute abend nach der Schweiz abreisen. Die letzten Vorbereitungen für die Reparationskonferenz wurden in der Kabinettsitzung am Montag getroffen. Nach eingehenden Darlegungen der beteiligten Reichsminister wurde eine völlige Einmütigkeit über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgestellt. Der Standpunkt der Reichsregierung ist bekannt. Sie erwartet von Lausanne einen endgültigen Strich unter die Reparationen, glaubt aber, daß Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden nur ein Teil der Gesamtlösung ist, mit der die große Weltkrise zu liquidieren sei.

Die Stellvertretung des Reichskanzlers während seiner Abwesenheit in Lausanne übernimmt der Reichsminister des Innern Freiherr von Gahl.

fung bringen. Die Weltwirtschaft erträgt kein A-warten mehr. Noch kann verständnisvolles Zusammenarbeiten, kann ein ehrlicher Ausgleich der Interessen eine neue Katastrophe verhindern. Aber dann hat das zur Voraussetzung die Tat- und Endlösung.

Stunde der Regierung

Stärkere Benutzung des Rundfunks zur Unterrichtung der Öffentlichkeit.

— Berlin, 14. Juni.

Die Reichsregierung wird von jetzt ab den Rundfunk häufiger in Anspruch nehmen. Um ihr Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung und Tätigkeit frei von Parteipolitik jederzeit mittels Rundfunk der breiten Öffentlichkeit näherzubringen, hat Reichsinnenminister Frhr. von Gahl im Einvernehmen mit dem Reichspostminister folgende Anordnung getroffen:

„Die Reichsregierung behält sich vor, den Deutschen Rundfunk täglich eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschlandsender ausgehen und von allen anderen deutschen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18,30 und 19,30 Uhr in Frage. Mit der Durchführung ist die „Dradag“ beauftragt worden.“

Die von ausländischer Reichsstelle hierzu ergänzend mitgeteilt wird, ist diese Verfügung lediglich dazu bestimmt, die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rundfunks zu organisieren. Der Erfolg über die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien dürfte in Kürze bekanntgegeben werden.

Milderung der Presse-Notverordnung

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gumbel beabsichtigt, in der bevorstehenden innenpolitischen Notverordnung die Presse-Notverordnung zwar nicht ganz aufzuheben, wohl aber wesentlich zu mildern. Eine Beschneidung von Zeitungen soll künftig überhaupt nicht mehr erfolgen. Wenn bisher Zeitungen verboten werden konnten mit der Begründung, daß sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten, so soll dieser Verbotgrund für die Zukunft weggelassen.

Dafür soll als neuer Verbotgrund gelten, wenn Zeitungen oder Zeitschriften lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung unwahrer oder ersinnter Nachrichten gefährden.

Diese Bestimmung hat vor allem den Schutz der auswärtigen Interessen des Reiches und der Landesverteidigung im Auge. Die Verbotssanktionen sollen um die Hälfte herabgesetzt werden.

Die Möglichkeit einer Aufhebung der Notverordnung wird aufrechterhalten. Es soll aber, wenn es sich um eine Entgegnung handelt, diese Entgegnung auf 300 Worte beschränkt bleiben. Außerdem kann Bezahlung für die Ausnahme der Entgegnung verlangt werden.

Neue Parteien

Vor der Gründung der neuen Bürgerpartei.

— Berlin, 14. Juni.

Die Vorbereitungen über die Bildung einer bürgerlichen Sammelpartei der Mitte scheinen jetzt abgeschlossen zu sein. Die Einladungen zur Gründungsversammlung der neuen Bürgerpartei sind unterschrieben von Dr. Geener, Geheimrat Wittenberg-Weipzig, Vizepräsident A. Dr. Dr. Solz und Ehrenpräsident der Handwerks- und Gewerbetreibenden Mitte. Für die Neugründung kommen nur noch in Frage die bisherigen Mitglieder der Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Volkskonferenz und der Schlangens-Flügel des Landvolks. Der Arbeiter-Flügel der Staatspartei, der ursprünglich auch mitmachen wollte, hat unter Einwirkung von Dietrich seine Zusage wieder zurückgezogen.

Die Form der neuen Gründung ist folgendermaßen gedacht: Die neue Partei wird gegründet, und die Führer der alten Parteien geben an ihre Organisationen und Parteimitglieder die Empfehlung, sich für die neue Partei einzufügen. Erst wenn die neue Partei bei den Wahlen einige Erfolge aufzuweisen hat, werden sich die alten Parteien auflösen. Der Parteiführer soll noch bestimmt werden. Man spricht zur Zeit von Barres. Auch der Name des Leipziger Überbürgermeisters Goerdeler wird in diesem Zusammenhang genannt. Doch hat Dr. Goerdeler noch vor wenigen Tagen die Einbeziehung seiner Person in die Förderung über eine neue Partei auf das entschiedenste abgelehnt.

Der Volksdienst bleibt selbständig

Die Reichsleitung und der Reichsparteivorstand des Christlich-Sozialen Volksdienstes haben auf ihrer gemeinsamen Tagung in Kassel einstimmig beschlossen, daß sich der Volksdienst völlig selbständig und unabhängig an den Reichstagswahlen beteiligen soll. Der Volksdienst werde in allen Wahlkreisen eigene Wahlvorschläge aufstellen.

Zwischen hat sich auch in Essen eine neue Partei gebildet, die den Namen „Die neue Mitte (Sozialliberale Partei)“ führt. Die Parteigründung geht in der Hauptsache von dem Gießener Professor Horner aus. In Anhalt ist die Landesorganisation der Deutschen Volkspartei geschlossen aus dieser Partei ausgetreten und hat „Die Nationalliberale Partei“ gegründet mit der Parole, man wolle nicht national und liberal, sondern nationalliberal sein.

der Sprecher Markgraf

EINE FUNK-UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKGRAF

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(1. Fortsetzung.)

Markgraf war groß und schlank, seine Figur war von einem Ebenmaß, wie man es selten fand, dazu hatte er ein klares, charaktervolles Männergesicht mit aufrechten, belebten Augen. Besonders angenehm war die Ruhe, die von seinem Wesen ausging.

Büchel fand, daß sich der Mann als Schauspieler auf der Bühne fabelhaft ausnehmen müßte. Der letzte Ton des Stüdes verhallte. Mit ruhigem Schritt trat Rainer Markgraf zum Mikrophon und sprach: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“

Frau Ammerling saß im Kasino hinter dem Büfett und riefte.

In ihrer Nähe saß ihre blinde Tochter Maria und lauschte den Darbietungen des Radios.

Die Musik war verstummt, und eine Männerstimme sprach: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ begann die Stimme, so warm, so weich und wohlklingend.

Weiter tönte die Stimme, und mehr und mehr ging der Mann aus sich heraus. Seine Rede wurde zu einer gewaltigen Begeisterung, die an den Herzen rüttelte. Ein schillernd, einfacher Mensch sprach zu Menschen und pries das Höchste der Liebe.

Die Musik hatte längst wieder eingesetzt, aber die Stimme klang immer noch in Maria.

Büchel fühlte sich, daß ein Mensch in ihrer Nähe war. Sie sah ganz still und merkte nicht, wie ihre Mutter mit einem Male eilig aufgesprungen war, und wie der Gast mit einer Handbewegung bei Ruhe zu halten.

Und nun lag er der Ränder gegenüber und lauschte und vernahm die Stimme des Mannes im Radio.

Paß vernahm Maria die Stimme des Mannes im Radio.

Nur Teilabrüstung?

Englisch-französisches Kompromiß auch in der Abrüstungsfrage. — Genf, 14. Juni.

Ueber die Pariser Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot sind in Genf Gerüchte im Umlauf, nach denen in der Abrüstungsfrage eine weitgehende Übereinstimmung dahin erzielt worden ist, daß auf der gegenwärtigen ersten Stufe der Abrüstungskonferenz das Verbot der Bombenflugzeuge und der schweren Geschütze, ferner eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben und ein 5-10-jähriger Rüstungstillstand erreicht wird. In der zweiten Stufe der Abrüstung nach 5-10 Jahren sollen sodann weitere Schritte in der Richtung der allgemeinen Abrüstung vorgenommen werden.

Eine Bestätigung dieser als zureichend anzusehenden Gerüchte liegt nicht vor. Es besteht allgemein der Eindruck, daß eine Verständigung zwischen der englischen und französischen Regierung in der Richtung einer Teilabrüstung zustande gekommen ist. Eine derartige Vereinbarung würde jedoch zweifellos auf den Widerstand einer Reihe von Regierungen, darunter der deutschen und italienischen stoßen, da Teilabmachungen in keiner Weise als befriedigende Lösung des Abrüstungsproblems und Lösung der Gleichberechtigungsfrage angesehen werden könnten. Man erwartet in Genf ferner, daß die englisch-französische Vereinbarung in der Abrüstungsfrage in engen Zusammenhang mit der Reparationsfrage gebracht wird.

Eine Falle für Deutschland

Eine höchst bedeutsame Mitteilung der Habsburger taucht aus dem Wust von Nachrichten aus Paris auf. Danach bemühte sich Macdonald, um das notwendige Vertrauen in der Welt wiederherzustellen, von allen in Lausanne vertretenen Staaten, also auch von Deutschland, zu erreichen, daß sie eine Erklärung unterzeichnen, in der sich verpflichten, den Frieden aufrechtzuerhalten.

Dazu melbet der „Matin“, daß der englische Ministerpräsident gelegentlich seiner Unterredungen des öfteren die Absicht geäußert habe, Deutschland zur Unterzeichnung einer Erklärung aufzufordern, in der sowohl die friedlichen Absichten gegenüber Polen, wie auch die Unantastbarkeit des Korridors (1) zum Ausdruck kommen sollte. Diese Erklärung betrachte man englischerseits als „Gegengewicht“ für gewisse Reparationsleistungen, deren Annahme England in Lausanne betreiben werde.

Auch hier wird Deutschland eine höchst gefährliche Falle gestellt und der Versuch unternommen, den jahrelangen Abkommen nach der Richtung hin zu erweitern, die deutsch-polnischen Grenzen ein für allemal anzuerkennen und somit das Versailler Diktat noch nachträglich zugunsten Polens zu korrigieren und anzuerkennen.

Rundschau im Auslande

Das Chaos in Chile

Bisher eine Million Pesos an Gold beschlagnahmt. — Carlos Dabila, der frühere chilenische Gesandte in Washington, ist auf Veranlassung des Obersten Groves, der ebenfalls Mitglied des Dreierausschusses ist, aus dem Auslande ausgeschieden. Groves hielt Dabila nicht für genügend radikal. Nach amerikanischen Blättermeldungen ist die Lage in Chile sehr verworren. Der Führer der Vorkriegsfraktion, Benítez, hat den von Groves geforderten Rücktritt verweigert. Bisher wurden aus rund 55 Vorkriegsgeschäften Gold- und Goldgegenstände im Werte von etwa einer Million Pesos in die Tresors der Regierung geschafft.

Strafantrag gegen Abel

Fünf Jahre Zuchthaus. — Abel in Haft genommen.

In dem Münchener Meineidsprozeß gegen Werner Abel gipfelte das Gutachten des medizinischen Sachverständigen in der Feststellung, daß der Angeklagte Abel ein moralisch haltloser, phantastischer und minderwertiger Hypochondr mit hysterischen Zügen sei. Er gehöre zu dem Typus der Hochstapler, denen es zur Befriedigung ihrer Geltungssucht auf Unwahrheiten nicht ankomme.

Der Staatsanwalt kam in seinem Plädoyer zu dem Ergebnis, daß die eidlischen Erklärungen Abels sowohl

in der Angelegenheit des Gareis-Mordes als in dem Prozeß Hitler-Grafen wegen der angeblichen Geistes-Aberration sich als völlig unzuverlässig hätten. Abel sei ein gemeingefährlicher Verbreiter des Staatsanwalts beantragte eine Gesamtfestnahme des Angeklagten in der Zuchthaus, Abfertigung der bürgerlichen Rechte auf zehn Jahre und Erklärung dauernd unfähig.

Außerdem beantragte der Staatsanwalt die liche Erlassung eines Haftbefehls, da wegen der wartenden hohen Strafe Fluchtverbot bestünde. Verhaftung des Angeklagten statt.

30:29 in Mecklenburg

Doch absolute Mehrheit der NSDAP.

— Schwerin, 14. Juni.

Der Wahlauschuss für die Mecklenburgische Landtagswahl gab das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen vom 5. Juni bekannt. Danach Nationalsozialisten die absolute Mehrheit im Landtag erhalten, da den Kommunisten am fünften Mandat Stimmen fehlen. Die Nationalsozialisten haben 30 Mandate mehr erhalten, als sie nötig hatten. 39 Mandate sozialistischen Mandaten stehen 29 Mandate der übrigen Parteien gegenüber.

Wendung im Fall Lindbergh

Das bei Lindberghs Schwiegermutter angestellte Mädchen geht Selbstmord.

— Neuyork, 13. Juni.

Das Dienstmädchen der Familie Morrow, der Schwiegermutter Lindberghs, Violet Sharpe, hat Selbstmord begangen. Die Sharpe hatte bereits in früheren Jahren ihren Mann, einen Piloten, der in der Entführung des Lindberghs beteiligt war, getötet. Sie hatte zwei unehelichen Kinder mit einem Mann, der ebenfalls ein Pilot war, bekommen. Nachdem sie sich von ihm getrennt hatte, lebte sie in der Familie Morrow. Sie erschien dann wieder und brach vor den Augen der Familie Morrow tot zusammen.

Selt dem Kindesraub hatte die Polizei das Mädchen ständig beobachtet. In einer Vernehmung behauptete sie, nur den Vornamen Ernie eines der Kinder zu kennen, mit denen sie die Nacht, in der das Kind entführt wurde, verbracht. Sie verweigerte, den Namen des Kindes zu nennen. Die Polizei hatte sie am Nachmittag vor dem Raub des Kindes in der Wohnung der Familie Morrow gesehen. Die Sharpe erkannte in einem ihr vorgelegten Foto eines der Kinder die Gestalt eines Kindes, das sie in der Vernehmung als Ernie bezeichnet hatte. Sie war im Laufe des Verhörs überaus nervös, weshalb zu der Fortsetzung des Verhörs ein Arzt zugezogen werden sollte. Die Sharpe wurde wiedererkannt Polizeibild stellt einen heren Autodrosten-Chauffeur namens Ernie dar, der in Neuyork, dar. Die Sharpe ist eine gebürtige Engländerin.

Condons altes Daffie, der den englischen Entführer 50 000 Dollar zahlte, ist nach White Plains gekommen, um Ernie Brinkert gegenüberzustellen. Er wurde Brinkert ist bereits verurteilt. Die Sharpe der Sharpe, die durch Selbstmord beendet hat, ist der nach Auszahlung der 50 000 Dollar in ihre englische Heimat abgereist.

Die Untersuchung wird fieberhaft fortgesetzt. Die Polizei verweigert nähere Angaben. Die amerikanische Behörden haben die Verhaftung der China Sharpe, Schwester des durch Selbstmord geendeten Dienstmädchens, beantragt.

Die Preußens Vertreter im Reichsrat. Der Reichsrat wählte als Nachfolger des zum Reichsrat gehörigen des Innern ernannten bisherigen Reichsrats Preußens im Reichsrat, Freiherrn von Gahl, das Mitglied des Provinziallandtages und Provinzialausschusses für GutsMuths-Preußen.

Markgraf lächelte still und ein wenig weh. „Ich bin Ihnen, Herr Käst, sehr dankbar. Das war eine sehr schöne Rede. Die „Tribüne“ geht ein. Sie wissen, ich bin dann auf der Straße. Aber es geht vielen los, und ich nicht fragen. Bin schon froh, daß ich heute hier sein durfte.“

Die Gesichter der beiden Männer veränderten sich. Markgraf mit dem Mann ergriff sie. Not und Glend kamen vor seiner Tür, und er hatte doch verdammt heute zu den Menschen zu sprechen aus der überkühlenden Kraft des Herzens, so voll Liebe, Güte und Verleihen, und er wußte doch, daß das Leben vielleicht kein Verleihen für ihn sein würde.

Blötzlich wandten sich alle um.

Der Programmredirektor seiner Seeliger stand vor ihm. Seeliger war ein alter Herr mit schlafwachen Augen, bartlos und mit ungeheurer lebendigen Augen.

„Herr Markgraf!“ sagte der alte Herr von Seeliger. „Darf ich Sie bitten, mit zu folgen. Herr von Seeliger möchte Sie sprechen.“

Während sich Seeliger mit Markgraf entfernte, legte Büchel: „Das hat was zu bedeuten. Eulent!“

„Rar, daß das was zu bedeuten hat!“ fuhr Käst den armen Büchel an. „Ich lasse mich fressen — der Intendant hat zugehört.“

„Und“

„Und! Kartheinz, bist du heute schwer von Begriff?“

du denn nicht gedacht, als er sprach: Der Mann ist der Sprecher? Verstehtst du mich? der Sprecher!“

„Ja!“ sagte Büchel ernst. „Da hast du recht!“

Rainer Markgraf stand dem Intendanten der Berliner Kunststube gegenüber.

Die beiden Männer schauten sich an und prüften. Markgraf, ein hoher Bierträger, war groß, stark und hellen Augen voll Temperament, begabt mit der Sicherheit und der natürlichen Ruhe und Noblesse des Grandseigneurs.

Rainer Markgraf war gegen die wichtige Gestalt des anderen in seiner natürlichen Schönheit abfallend, aber ein natürlicher Adel der Seele und des Herzens, der jeder Bewegung abelte.

(Fortsetzung folgt)

an die Wanderunfalten

... der Schuljugend immer wieder vor U
... das Abreißen von Laub und Zwe

... der Vorbereitung zuzunehmen. Die-
... beglückt die zahlreich anwesenden Vertreter der
... Gruppen. Er schildert die Lage des Gebirgsreviers,
... unter der Notzeit ebenfalls schwer zu leiden hat.
... zudem wird mit Luversdorffstein an der Erschließung
... der kahlen heftigen Wälder für den Wanderverkehr
... notwendig.

Das Flugzeug D 1979 mit den Piloten Presh und
Teßendorf geriet ins Trudeln und stürzte aus etwa
400 Meter Höhe ab. Die Maschine bohrte sich etwa 1 1/2
Meter in den Erdboden. Der Pilot Presh war sofort tot,
Teßendorf starb an seinen schweren Verletzungen nach
seinem Einbringen ins Krankenhaus.

Im Versuchslaboratorium der Chemischen Fabrik von Heyden in Dresden-Kadebeul erlitten zwei Arbeiter durch eine Detonation schwere Verletzungen. Während einer bereits auf dem Wege ins Krankenhaus starb, erlag der andere nach wenigen Stunden seinen schweren Verletzungen. Der bei der Explosion entflammte Rauch konnte von der Fabrikfeuerwehr gelöscht werden.

Acht Tage auf dem Ozean umhergetrieben.

Die Maschine konnte nicht geborgen werden. Die auf dieser Route verkehrenden Schiffe sind angewiesen, auf das Flugzeug zu achten und es gegebenenfalls zu bergen.

— Berlin, 14. Juni.

Rechtsinnenminister Freiherr von Sahl betonte, daß er mit großer Sorge in den letzten Jahren mahngemessen habe, in welsch starkem Maße die Rechtssicherheit des Berufsbeamtentums gefährdet worden sei. Außerdem schärfte er den Ernst der finanzpolitischen Lage, vor allem in Ländern und Gemeinden, die sich grundsätzlich für das Berufsbeamtentum aus, vor allem aber für die Wiederherstellung der Rechtssicherheit des Beamtentums.

Deutsche Fußballmeisterschaft 1931/32

Mit 2:0 verließ Bayern-München als deutscher Fußballmeister 1932 das Spielfeld. Das Edenverhältnis war 10:1 zu Eintracht-Frankfurt.

Höfelmann, Obergerichtsvollz.



